



Die Hoffnungen ruhen auf dem Bundesverfassungsgericht

Wie viel Einfluss darf die Politik auf die Gremien in den öffentlich-rechtlichen Medien haben? Anfang November wird das Bundesverfassungsgericht zur ersten mündlichen Verhandlung über die Normenkontrollklage des Landes Rheinland-Pfalz in Sachen ZDF-Gremien zusammentreten und damit diese Frage bald klären.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich in einer ausführlichen Stellungnahme dazu geäußert und das Fazit ist klar: Die Klage war überfällig. Nach unserer Auffassung widerspricht die Zusammensetzung sowohl des Verwaltungsrates als auch des Fernsehrates der Verfassung. In der steht eindeutig, dass die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film gewährleistet werden. Und damit ist der überproportionale Einfluss der Politik in den Gremien nicht zu vereinbaren. Es sollte überdacht werden, ob der Exekutive zukünftig noch eine Vertretung in den Rundfunkgremien zugesprochen wird. Auch die letztendliche Auswahl der von den Institutionen und Verbänden entsendeten Gremienmitglieder durch die Ministerpräsidenten widerspricht dem demokratischen Entsendungsrecht.

Es ist nicht gut, dass die Politik immer wieder vor Gericht zieht, um die Grenze ihres Einflusses auszutesten. Aber es ist gut, dass es mit dem obersten Gericht eine Instanz gibt, die um den Wert der Rundfunkfreiheit weiß. Alle, die sich der demokratischen Verfassung und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk verpflichtet sehen, können nun darauf hoffen, dass die Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts wie schon oft in der Vergangenheit die Rundfunkfreiheit stärken.

Michael Sommer

Themen:

Verhandlung zu ZDF-Klage	2
Schutz von Redaktionsdaten	2
Meinungsmacht	3
Länder zum Jugendkanal	3
Bayern-SPD will Journalismus fördern	4
ROG: Exportkontrollen für Überwachungstechnologie	6
Jugend informiert sich über Zeitgeschehen bei Facebook	7
Mobile Internetnutzung steigt rasant	8
Streit über OBS-Studie	9
ver.di zu Finanzausgleich	11
Melddaten dürfen abgeglichen werden	12
ZDF: Programmbereiche fusionieren	13
ver.di fordert Sicherheit für Beschäftigte im Berliner Verlag	14
Kahlschlag bei DuMont Schauberg	14
Personalien	15
Veranstaltungen	16
Impressum	18



Bundesverfassungsgericht verhandelt Normenkontrollklage

Am 5. November wird das Bundesverfassungsgericht erstmals mündlich über die Normenkontrollklage des Landes Rheinland-Pfalz zum ZDF-Staatsvertrag verhandeln. Dabei geht es auch um den Ablauf der Gremiensitzungen, deren Öffentlichkeit und Transparenz, die Auswahl der Gremienmitglieder und die Funktionen der gesellschaftlich relevanten Gruppen und staatsnahen Vertreter inklusive deren Zusammenarbeit. Geklärt werden sollen Rechtsfragen wie die Schutzziele, insbesondere Vielfalt und Staatsferne, die Sicherungen der Staatsferne trotz Staatsbeteiligung, insbesondere der Quoten und Quoren in den Gremien. Auch geht es um die Anwendung des Art. 5 des Grundgesetzes, der die Pressefreiheit sichert, auf den Staatsvertrag. Geklärt werden sollen die Fragen sowohl für den ZDF-Fernsehrat, als auch für den Verwaltungsrat.

Öffentlich-rechtliche Datenschutzbeauftragte: Redaktionsdaten schützen

Die Datenschutzbeauftragten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben Ende Oktober auf ihrer Jahrestagung in Berlin Bund und Länder aufgefordert, die Pressefreiheit zu schützen. „Wer für den Schutz der Medien sorgt, schützt die Demokratie“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. Der Redaktionsdatenschutz als elementarer Bestandteil der Rundfunkfreiheit müsse verteidigt werden. Die bekannt gewordenen Ausspähungen gefährdeten alle Bürger. Wenn aber Journalisten betroffen sind, gefährde das zusätzlich die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bei der Informationsvermittlung und Meinungsbildung in unserer Gesellschaft. Die vertrauliche Kommunikation zwischen Journalisten und Informanten sowie die Recherchedaten müssten sowohl vor staatlichem Zugriff, als auch vor der Ausspähung durch ausländische Dienste bewahrt werden. Die Datenschutzbeauftragten fordern Bund und Länder auf, gegen Verstöße wirksam vorzugehen. Gleichzeitig müsse eine flächendeckende Infrastruktur für eine gesicherte Kommunikation, zum Beispiel beim E-Mail-Verkehr, geschaffen werden.

Im Arbeitskreis der Datenschutzbeauftragten (AK DSB) sind die unabhängigen Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz von ARD, ZDF und Deutschlandradio zusammengeschlossen.

Fünf Mediengruppen teilen sich rund 60 Prozent der Meinungsmacht

ARD, Bertelsmann, Axel Springer, ProSiebenSat.1 sowie das ZDF verfügen über rund 60 Prozent der Meinungsmacht in Deutschland und prägen die Meinungsbildung durch Medien. Dies geht aus dem MedienVielfaltsMonitor für das 1. Halbjahr 2013 hervor, den die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) entwickelt hat. Die größte Meinungsmacht hat demnach die ARD, deren Angebote die Grundlage für insgesamt 22,6 Prozent der Meinungsbildung in Deutschland sind. Es folgen Bertelsmann mit 13,3 Prozent, Axel Springer mit 9,0 Prozent, ProSiebenSat.1 mit 7,8 Prozent sowie das ZDF mit 7,2 Prozent Anteil an der Meinungsbildung in Deutschland. Auf die Angebote der Öffentlich-Rechtlichen entfällt damit zusammen ein Anteil von rund 30 Prozent am Meinungsmarkt.

Eine vergleichsweise geringe Verschiebung der Meinungsmacht in Deutschland stellt die angekündigte Übernahme mehrerer traditionsreicher Printtitel des Axel Springer Verlags durch die Funke Mediengruppe in Bezug auf den Gesamtmarkt dar. Alle verkauften Titel einschließlich der dazugehörigen Online-Marken erreichten im 1. Halbjahr 2013 zusammen lediglich einen Marktanteil an der Meinungsbildung von rund 0,8 Prozent. Innerhalb des Segments „Zeitschriften“ steigt allerdings der Anteil am Meinungsmarkt der Funke Gruppe von 8,1 auf 17,1 Prozent um mehr als das Doppelte. Somit wäre, im Fall einer Genehmigung durch das Bundeskartellamt, Funke, nach dem Bauer- und Burda Verlag, der drittstärkste Anbieter von Zeitschriften in Deutschland. Axel Springer würde in diesem Segment von Platz 1 auf Platz 5 (13,4 Prozent) zurückfallen, gleich hinter die Bertelsmann Mediengruppe mit 15,8 Prozent.

Der MedienVielfaltsMonitor erschien im Oktober 2012 zum ersten Mal und wird nun halbjährlich veröffentlicht.

www.blm.de



Länderchefs zu Spartenkanälen und Jugendkanal

Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten haben das gemeinsame Konzept von ARD und ZDF für eine Neuordnung der digitalen Spartenkanäle und das Konzept für ein gemeinsames Jugendangebot zur Kenntnis genommen. „Ich begrüße die grundsätzliche Verständigung auf einen crossmedialen Jugendkanal. Vor einer Entscheidung über die Erarbeitung eines Staatsvertrags müssen zunächst aber noch offene Punkte geklärt werden“, sagte die rheinland-pfälzische Regierungschefin Malu Dreyer nach der Sitzung Ende Oktober in

Heidelberg. „Ein crossmediales Jugendangebot kann sicher eine sinnvolle Ergänzung der bisherigen Programmangebote sein“, betonte der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Für den sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich dürfe das Angebot auf keinen Fall zu einer Gebührenerhöhung führen. „Die Beitragsstabilität muss dauerhaft gewährleistet bleiben“, sagte Tillich. Um die Belange der Zielgruppe bei der Entwicklung des Programmes zu berücksichtigen, solle ein „Jugendbeirat“ eingerichtet werden, so Kretschmann. Ziel müsse es sein, mit dem vorhandenen Programmbudget ein entsprechendes Angebot wettbewerbsfähig zu gestalten. „Wir sind uns einig, dass der Online-Auftrag der Rundfunkanstalten überprüft und ein Vorschlag für dessen zeitgemäße Fortschreibung vorgelegt werden soll, mit dem insbesondere die bisherige 7-Tage-Regelung ersetzt wird“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Der NDR Rundfunkrat und der NDR Verwaltungsrat sprechen sich für einen gemeinsamen Jugendkanal von ARD und ZDF aus. Die Vorsitzende des NDR Rundfunkrates, Ute Schildt, hält ein öffentlich-rechtliches Angebot für die bis 29-Jährigen für eine sehr gute Ergänzung der bestehenden Programme. „Wir freuen uns, dass sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten grundsätzlich für ein crossmediales Jugendangebot ausgesprochen haben. Wir setzen darauf, dass die noch offenen Fragen schnell beantwortet werden können, denn wir halten ein Angebot für Jüngere für notwendig. Wir appellieren an die Länder, den Projektstart nicht noch weiter zu verzögern“, so Schildt. Auch der Vorsitzende des NDR Verwaltungsrates, Ulf Birch, hält einen Jugendkanal für sinnvoll und finanzierbar: „Ich bin davon überzeugt, dass ARD und ZDF ein Angebot für die Jüngeren solide finanzieren können, ohne dass es dafür einen zusätzlichen Beitrag geben wird. Finanzielle Spielräume ergeben sich z. B. durch einen möglichen Wegfall der ARD Digitalkanäle EinsFestival und EinsPlus. Synergieeffekte werden sich auch durch die enge Einbindung der jungen Radioprogramme wie z. B. N-JOY ergeben.“

Bayern-SPD will Lokaljournalismus fördern

Angesichts des Auflagenschwunds von rund 16 Prozent innerhalb der letzten 10 Jahre bei den verkauften Tageszeitungen in Bayern hat der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Hans Joachim Werner, für eine stärkere Förderung des Lokaljournalismus in Bayern plädiert: „Demokratie und unabhängiger Journalismus gehören zusammen, daher darf man die Zeitungen mit diesem Problem nicht alleine lassen“. Denn Lokaljournalismus sei

eine wichtige Voraussetzung für die politische Meinungsbildung vor Ort, daher treffe das Schrumpfen der Regional- und Lokalzeitungen nicht nur deren Verleger, sondern die demokratische Gesellschaft im Kern. Zwar verlaufe wegen der Stärke der regionalen und lokalen Blätter der Rückgang in Bayern langsamer als in anderen Bundesländern, dennoch werde es auch für bayerische Verlage enger.

Werner schlägt daher die Einrichtung einer Stiftung zur Förderung des Lokaljournalismus vor. Angesiedelt bei einer runderneuten öffentlich-rechtlichen Landeszentrale für neue Medien könnte diese die Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden in der regionalen Berichterstattung fördern, Recherchestipendien zur Verfügung stellen, oder die kleinen Medienhäuser bei der Entwicklung digitaler Strategien unterstützen. Mit staatlicher Hilfe für Zeitungsverlage werde aber in keiner Weise versucht, auf deren Berichterstattung Einfluss zu nehmen. Er sei sich in der Tat bewusst, dass einige Zeitungsverleger öffentlicher Hilfe skeptisch gegenüber stünden, jedoch müsse man sich trotz der Zweifel überlegen, wie dem Problem des Auflagenrückgangs beizukommen sei. Er forderte Zeitungen, Journalisten und ihre Verbände auf, über die Vorschläge zu diskutieren, um den besten Weg zum Erhalt redaktioneller Infrastrukturen überall in Bayern zu finden.

Auch ein Blick über den Tellerrand könnte Ideen zur Presseförderung liefern: In einigen europäischen Ländern profitieren Zeitungen von der vollen Befreiung von der Mehrwertsteuer, in Frankreich unterstützt der Staat den einjährigen Bezug einer Zeitung für 18-Jährige und in der Schweiz gelten verbilligte Posttarife für die Lokal- und Regionalpresse. Diese oder ähnliche Instrumente könnten womöglich auch in Deutschland praktikabel sein. Darüber hinaus forderte Werner eine Zusammenführung des Bayerischen Presse- und des Bayerischen Mediengesetzes. Dies sei die logische Konsequenz aus der zunehmenden Medienkonvergenz.



ROG: Export von Überwachungstechnologie wirksam kontrollieren

Reporter ohne Grenzen (ROG) fordert strikte Exportkontrollen für Überwachungstechnologie. Die Wikileaks-Enthüllungen von Anfang September lieferten weitere wichtige Indizien dafür, dass viele Hersteller dieser Technologien gezielt um Aufträge von Staaten werben, die die Pressefreiheit mit Füßen treten, sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr. „Das bestätigt uns in der Forderung nach wirksamen nationalen, europäischen und internationalen Kontrollregimen für den Export solcher digitalen Waffen.“ Die Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlichte interne Dokumente und Präsentationen von Unternehmen wie Gamma, Trovicor und Hacking Team. Diese machten deutlich, dass die Unternehmen ihrer Verantwortung für die menschenrechtlichen Auswirkungen ihrer Produkte nicht gerecht werden. Selbstverpflichtungen der Firmen griffen offensichtlich zu kurz. „Die Bundesregierung muss endlich handeln und die Ausfuhr dieser Technologien wirksam kontrollieren“, forderte Mihr.

Reporter ohne Grenzen hatte im Februar zusammen mit anderen NGOs zwei OECD-Beschwerden gegen die Überwachungstechnologie-Anbieter Gamma und Trovicor eingereicht. Sie beschuldigen beide Unternehmen, nicht ausreichend überprüft zu haben, ob ihre Produkte zu Menschenrechtsverletzungen beitragen. Ziel der Beschwerden ist, dass Trovicor und Gamma ihre Verträge mit dem arabischen Golfstaat Bahrain und anderen autoritären Staaten offenlegen und auf ihre Menschenrechtsverträglichkeit prüfen.

Die Münchener Trovicor GmbH und die britisch-deutsche Gamma Group produzieren Überwachungstechnologie, die autoritäre Staaten für Menschenrechtsverletzungen einsetzen können. Informationen aus abgefangenen Telefon- und Internetverbindungen sind in dem arabischen Golfstaat Bahrain insbesondere seit dem Beginn der Massenproteste im Februar 2011 verwendet worden, um Dissidenten festzunehmen und ihnen unter Misshandlungen Geständnisse abzupressen. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass Trovicor und Gamma entsprechende Technologie an den Golfstaat geliefert haben. Das Land steht auf Platz 165 von 179 der von Reporter ohne Grenzen geführten Rangliste der Pressefreiheit. Ende Juni hat die nationale Kontaktstelle der OECD in Großbritannien die Beschwerde gegen Gamma angenommen.

Mehr Infos:

<http://bit.ly/TRCBPI>

wikileaks.org/spyfiles3.html



Facebook wichtigste Internet-Quelle zum Zeitgeschehen für junge Leute

Wenn sich junge Leute in Deutschland im Internet über das aktuelle Zeitgeschehen in Politik, Wirtschaft und Kultur informieren, ist Facebook für sie die wichtigste Informationsquelle. Generationsübergreifend nutzen fast 40 Prozent bei der Informationssuche im Internet zunächst eine Suchmaschine. Dabei dominiert Google mit über 90 Prozent der Nutzung. Dies sind zentrale Ergebnisse der Studie „Relevanz der Medien für die Meinungsbildung“, die TNS Infratest im Frühjahr 2013 im Auftrag der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) zum dritten Mal durchgeführt hat.

Über 40 Prozent derjenigen, die sich im Internet informieren, nutzen mittlerweile ein mobiles Gerät, d.h. ein Smartphone oder ein Tablet. Informationen werden dabei vor allem auf Internetportalen, den Internetangeboten von Tageszeitungen und Zeitschriften und auf Facebook gesucht. Bei den 14- bis 29-Jährigen dominiert bei der Informationssuche im Internet eindeutig Facebook. Mit knapp 64 Prozent liegt das soziale Netzwerk vor allen anderen Recherche-Quellen wie Video-Portalen (47 Prozent) und Online-Portalen von Zeitschriften (45 Prozent). Die Seiten von Suchmaschinen sind für fast 40 Prozent der Nutzer der Einstieg für eine Informationssuche im Internet. Dabei liegt Google mit 93 Prozent der Nutzung deutlich vor den Konkurrenten. Deutlich zugenommen hat seit 2009 der Anteil der über 50-Jährigen, die bei der Informationssuche das Internet nutzen. Während 2009 lediglich 16 Prozent in dieser Altersgruppe das Internet zur Informations- und Meinungsbildung genutzt haben, sind es 2013 bereits 27 Prozent.

Bei den 14- bis 29-jährigen ist das Internet mit 49 Prozentpunkten die wichtigste Informationsquelle, gefolgt vom Fernsehen mit 26 Prozent und der Tageszeitung mit 13,6 Prozent. Das Fernsehen ist nach wie vor das wichtigste Informationsmedium bei den 30- bis 49-Jährigen (36,6 Prozent) und den über 50-Jährigen (48,3 Prozent).

Befragt wurden von TNS Infratest mehr als 3000 Personen.
Download der Ergebnisse als PDF:

<http://tinyurl.com/qe6fyeo>

ARD 

Onlinestudie: Mobile Internetnutzung steigt rasant

77,2 Prozent der Erwachsenen ab 14 Jahren in Deutschland sind online (2012: 75,9 Prozent). Dies zeigt die ARD/ZDF-Onlinestudie 2013. Damit steigt die Zahl der Internetnutzer moderat von 53,4 Millionen auf 54,2 Millionen Menschen. Für das Wachstum ist ausschließlich die Generation der „Silver Surfer“ (ab 50 Jahren) verantwortlich. Den größten „Sprung“ vom Offliner zum Onliner machen 2013 die über 70-Jährigen: von 20,1 Prozent (2012) auf 30,4 Prozent (2013). Bei den 50- bis 59-Jährigen steigt die Internetverbreitung um 6 Prozentpunkte auf 82,7 Prozent, bei den über 60-Jährigen um 3 Prozentpunkte auf 42,9 Prozent.

Deutlich zugenommen hat die Nutzungsdauer: 2013 sind deutsche Internetnutzer und -nutzerinnen im Schnitt 169 Minuten am Tag online, dies ist ein Anstieg von 36 Minuten im Vergleich zum Vorjahr (2012: 133 Minuten). 5,3 internetfähige Geräte sind in einem durchschnittlichen Onlinehaushalt vorhanden. Sie kommen in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungssituation zum Einsatz. War ein Tablet 2012 erst in 8 Prozent der Online-Haushalte anzutreffen, sind es 2013 bereits 19 Prozent. Mobile Endgeräte treiben den Internetkonsum voran. Die Unterwegs-Nutzung steigt binnen eines Jahres deutlich von 23 Prozent (2012) auf 41 Prozent (2013). Apps werden mittlerweile von 44 Prozent der deutschen Onliner auf unterschiedlichen Endgeräten genutzt.

Einen internetfähigen Fernseher besitzen inzwischen 29 Prozent der Online-Haushalte. Die Zahl derjenigen, die über ihr TV-Gerät tatsächlich ins Internet gehen, hat sich binnen eines Jahres versechsfacht: von 2 Prozent (2012) auf 12 Prozent (2013). So rufen 6,5 Millionen Personen zumindest selten mit ihrem Fernsehgerät Inhalte über das Internet ab.

Auch die wöchentliche Bewegtbildnutzung hat gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. 43 Prozent der Onliner, das sind rund 23 Millionen, nutzen regelmäßig Fernsehsendungen und andere Videos im Netz – dies entspricht einem Zuwachs von 6 Prozentpunkten. Unter den 14- bis 29-Jährigen schauen bereits drei Viertel (76 Prozent) wöchentlich Bewegtbilder im Netz an. Originäre Fernsehinhalte, also TV-Sendungen, werden von 16 Prozent der Onliner mindestens einmal wöchentlich live oder zeitversetzt genutzt. Unter den 14- bis 29-Jährigen sind es bereits 27 Prozent.

Für die ARD/ZDF-Onlinestudie 2013 wurden im März bis April dieses Jahres bundesweit repräsentativ 1800 Erwachsene in Deutschland befragt. Ergebnisse unter:

www.ard-zdf-onlinestudie.de

Parallel zur Reichweite steigt die Sehdauer. Rund 5 Minuten, das sind zwei Prozent des täglichen Fernsehkonsums, werden über das Internet ferngesehen: 3 Minuten linear und 2 Minuten zeitversetzt. Bei den 14- bis 29-Jährigen entfallen bereits 12 Minuten des Fernsehkonsums (linear oder zeitversetzt) und anteilig 8 Prozent auf das Internet.

Studie zu Dritten Programmen: OBS weist Kritik zurück

Die Otto-Brenner-Stiftung (OBS) hat Kritik an ihrer Studie zu den Dritten Programmen von SWR und NDR zurückgewiesen. Die Sender hatten sich gegen die Interpretation im Vorwort der Studie gewandt. Die dort vom Geschäftsführer der Otto-Brenner-Stiftung behauptete Boulevardisierung des SWR Fernsehens lasse sich aus der Untersuchung nicht herauslesen, hieß es in einer Pressemitteilung des Senders. Im Gegensatz zum Vorwort komme die Programmanalyse zum SWR Fernsehen Rheinland-Pfalz und zum NDR Fernsehen Niedersachsen zu dem Schluss, dass die „untersuchten Landesversionen des SWR (Rheinland-Pfalz) und des NDR (Niedersachsen) vielseitig aufgestellte Fernsehvollprogramme“ seien. Auch der NDR weist „mit Nachdruck die Darstellung zurück, das NDR Fernsehen vernachlässige seinen Informationsauftrag und unterliege einer Boulevardisierung“. Die Studie wurde Anfang Oktober von der OBS veröffentlicht.

Eva Holtmannspötter, Leiterin der NDR Medienforschung erklärte: „Die Studie selbst zeichnet ein anderes Bild. Sie bescheinigt dem NDR Fernsehen einen mit mehr als 17 Stunden täglich sehr hohen Anteil an 'ernstpublizistischen, also im weitesten Sinne journalistischen Sendungen'. Für RTL kommt die Studie auf nur sechs Stunden. Unter 'Sach- und Ratgeberthemen' fasst die Untersuchung offenbar sehr viele Sendungen und Beiträge, darunter auch aus Kultur und Gesellschaft. Daraus abzuleiten, das Programm entwickle sich zum 'Ratgeber-TV', ist unzulässig und wird von den Verfassern der Studie auch gar nicht behauptet.“ Weil es programmwirtschaftlich geboten ist, wiederhole das NDR Fernsehen Sendungen zu zuschauerschwachen Zeiten, etwa in den Nachtstunden. Eva Holtmannspötter: „Manche dieser Sendungen sind zudem für die meisten Zuschauer gar keine Wiederholungen. Am Vormittag zeigt das NDR Fernsehen alle Regionalmagazine, die am Vorabend jeweils nur für einen Teil des Sendegebiets ausgestrahlt wurden.“ Irritiert zeigt sich die NDR-Medienforscherin über die Verwendung der Kategorie 'human touch' in der Studie. „Diese Kategorie ist hier ungewöhnlich breit gefasst und hat zudem einen negativen Unterton. Im Ergebnis führt dies dazu, dass auch die

Alle Infos zur Studie „Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV“ und der Auseinandersetzung unter:
<http://tinyurl.com/kplbckn>

Berichterstattung über große Katastrophen und damit Beiträge aus der Sendung 'Weltbilder' unter 'human touch' auftauchen.“

Die OBS wehrte sich wiederum gegen die Kritik: „Angesichts der relativ klaren Ergebnisse der Studie überraschen die Reaktionen der Sender“, so Jupp Legrand, Geschäftsführer der Stiftung. In der Programmanalyse des Medienforschers Joachim Trebbe, FU Berlin, werde ihnen ein geringer Anteil an politischer Information und journalistischer Aufbereitung gesellschaftlich kontroverser Themen nachgewiesen. Insbesondere die Aussage des Geschäftsführers im Vorwort zur Studie, dass Boulevardthemen und Ratgebersendungen einen wesentlichen Anteil am Programm der Sender ausmachen, wurde mit dem Hinweis, dass die Studie den Sendern ein vielseitiges Vollprogramm mit ca. zwei Dritteln fernsehpublizistischer Formate attestiere, heftig zurückgewiesen. Dies sei aus Sicht der Stiftung eine irreführende und verkürzte Darstellung, die der Anlage und Reichweite der Studie nicht gerecht wird.

Die Studie untersuche zunächst die strukturelle Programmvierfalt. Hier werde zwischen fiktionalen und nonfiktionalen Unterhaltungssendungen einerseits und fernsehpublizistischen Sendungen andererseits unterschieden. Als solche fernsehpublizistischen Sendungen werden vor allem Sendungen mit informativem Charakter (z.B. Nachrichtensendungen, Magazine, Sport etc.) definiert. Hier stimmt die Aussage, dass bei einem sehr weiten Informationsbegriff bei beiden Sendern der Anteil fernsehpublizistischer Sendungen am Gesamtprogramm über 70 Prozent beträgt, so Legrand. Bei einem engeren Informationsbegriff, der Sport und Unterhaltung nicht berücksichtigt, liege dieser Anteil bei 53 Prozent (SWR) und 49 Prozent (NDR) – beides im Vergleich zu ARD/ZDF und auch zu den privaten Sendern tatsächlich hohe Werte.

Im Kern der Studie seien diese fernsehpublizistischen Sendungen auf inhaltliche Vielfalt und gesellschaftliche Relevanz untersucht worden. „Genau hier setzt die Kritik an, die im Vorwort der Studie formuliert wurde. Es wird nicht die Vielseitigkeit der Programme in Abrede gestellt, sondern die Gewichtung der verschiedenen Programminhalte problematisiert.“ meint der OBS-Geschäftsführer. Denn die 53 Prozent (SWR) bzw. 49 Prozent (NDR) Informationsanteil im engeren Sinne teilten sich in lediglich 10 Prozent, bzw. 13 Prozent politische Publizistik und Information über kontroverse gesellschaftliche Themen, und 43 Prozent, bzw. 36 Prozent Service, Sach- und Ratgebersendungen auf. Dies wurde im Vorwort mit der Zuspitzung „Garten, Kochen und Tiere“ umschrieben.

„Die Thematisierungsanalyse der Programme zeigt, dass der so genannte Human-Touch- Bereich, also die Berichterstattung über prominente Menschen, Emotionen, Unfälle und Verbrechen usw. im Vergleich zu ARD und ZDF erhöht ist und hinsichtlich der Prozentanteile an einem durchschnittlichen Sendetag vergleichbar mit RTL ist“, stellt der Autor Joachim Trebbe mit Blick auf den Anteil von 15 Prozent Human-Touch-Berichterstattung an der Gesamtsendezeit fest. Unpolitische Sach- und Ratgeberthemen hätten beim SWR einen Anteil von 28 Prozent an den gesamten Nachrichtensendungen, beim NDR 18,9 Prozent. Ebenso seien die Magazine keineswegs genuine Sendungen politischer Information – der Anteil beträgt beim SWR 3,5 Prozent, beim NDR immerhin 17,4 Prozent. „Die Stiftung appelliert an die Sender, sich ernsthaft und unvoreingenommen der Debatte über die Programmgestaltung und die zentralen Erkenntnisse der Untersuchung zu stellen. Medienkritik, Gebührenzahler und die Vertreter gesellschaftlicher Gruppen in den Rundfunkgremien sind aufgefordert, sich konstruktiv und aktiv an dieser notwendigen Auseinandersetzung zu beteiligen,“ schreibt Legrand in seiner Stellungnahme.

Finanzausgleich: ver.di begrüßt Beschluss der Intendanten

„Die Intendantinnen und Intendanten der ARD haben eine gute Entscheidung getroffen«, erklärte Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), zu dem Beschluss der Intendantinnen und Intendanten, von Mitte September die beiden kleinsten ARD-Anstalten Radio Bremen (RB) und Saarländischer Rundfunk (SR) weiterhin finanziell zu unterstützen. „Für die beiden chronisch klammen Anstalten ist das ein äußerst wichtiges Signal, dass sie auch in Zukunft ihrem Programmauftrag nachkommen können. Die ARD hat gezeigt, dass Solidarität möglich ist.“

Schon heute unterstützen die größeren Anstalten die kleineren im Rahmen des ARD-Finanzausgleichs. Allerdings war die Hilfe bis Ende 2014 befristet und bestand größtenteils aus Kooperationsleistungen, zum Beispiel Programmlieferungen. „Mit der heute beschlossenen Umwandlung in dauerhafte finanzielle Hilfen sowie die Freigabe zusätzlicher Mittel können RB und SR künftig wieder verstärkt eigene Inhalte produzieren und damit ihrem Auftrag zur regionalen Identitätsstiftung wieder gerechter werden“, so Werneke. ver.di hatte bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass Programmlieferungen von anderen Anstalten keine Dauerlösung für unterfinanzierte Sender sein könnten, wenn diese ihren Rundfunkauftrag erfüllen wollten. Die

Ministerpräsidenten hätten es zudem bis heute versäumt, klare Regeln für einen ARD-Finanzausgleich zu schaffen.

Weitere Mittel für langfristige Investitionen bei der zuständigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) anzumelden, wie es die Intendanten angekündigt haben, sei der richtige Schritt. „Wenn nicht alle zwei Jahre neu über den ARD-Finanzausgleich diskutiert werden soll und man die kleinen Anstalten langfristig in die Lage versetzen will, ein adäquates Programm bereitzustellen, so sind Investitionsmittel unerlässlich“, sagte der ver.di-Vize. „Wir erwarten, dass die KEF das genauso sieht“.

Melddaten dürfen abgeglichen werden

Der gesetzlich vorgesehene einmalige Melddatenabgleich auf Grundlage des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags ist rechtmäßig. Das hat das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht in Lüneburg am 10. September in einem Eilverfahren entschieden. Das OVG gab damit einer Beschwerde des NDR gegen eine Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Göttingen vom 3. September statt. Die Göttinger Richter hatten Teile der Datenübermittlung für unzulässig erklärt. Der NDR legte Beschwerde gegen den Beschluss ein und wies darauf hin, dass der Rundfunkbeitragsstaatsvertrag Angaben auch zu akademischen Graden, dem Familienstand sowie der letzten Anschrift von Haupt- und Nebenwohnung ausdrücklich vorsieht. Die zuständigen Datenschutzbeauftragten waren in das Gesetzgebungsverfahren einbezogen. Das OVG Lüneburg folgte der Argumentation des NDR. Mit Ausnahme des Göttinger Richterspruchs hatten auch alle bisherigen Gerichtsentscheidungen die Regelungen des einmaligen Melddatenabgleichs bestätigt, darunter der Bayerische Verfassungsgerichtshof sowie verschiedene Oberverwaltungs- und Verwaltungsgerichte.



Programmbereiche fusionieren

Die Bereiche ZDFinfo, ZDFzeit und ZDF.reportage fusionieren zum 1. Januar 2014 zum neuen Programmbereich „ZDFinfo, Gesellschaft und Leben“. Dabei kommt dem Digitalkanal ZDFinfo laut ZDF-Chefredakteur Peter Frey eine besondere Rolle zu: Der Kanal sei schon jetzt eine Koordinationsplattform für viele Innovationen im ZDF. „ZDFinfo lässt Formate vor allem im dokumentarischen Bereich entwickeln und hat dort als Digitalkanal auch seine größten Erfolge. Die Redaktionen von ZDFzeit und ZDF.reportage können an dieser Stelle viel Knowhow mit einbringen“, sagt ZDF-Chefredakteur Peter Frey. Mit der Fusion soll der Dokumentationsbereich in der ZDF-Chefredaktion insgesamt gestärkt, aber vor allem die Zusammenarbeit zwischen dem ZDF-Hauptprogramm und dem bei den unter 50-Jährigen besonders erfolgreichen Digitalkanal ZDFinfo noch enger verschränkt werden.

Leiter des neuen Programmbereichs wird Robert Bachem, der seine bisherige Aufgabe als Redaktionsleiter ZDFinfo parallel dazu weiter wahrnehmen wird. Die redaktionelle Leitung von ZDFzeit und ZDF.reportage bleibt wie bisher bei Christian Deick beziehungsweise Harald Lüders, die in der Fusion eine große Chance für alle Beteiligten sehen: „Wir werden spannende und bestimmt auch kontroverse Diskussionen über Factual Entertainment, über serielle Formate und über den zeitgemäßen Look unserer Sendungen haben“, sagt Lüders.

Christian Deick ist zuversichtlich, dass die Fusion auch für ZDFzeit Vorteile mit sich bringt: „ZDFzeit braucht kontinuierliche Innovation und viel inhaltlichen Input“, so Deick, „damit wir gegen die starke fiktionale Konkurrenz in der Prime-Time bestehen können. Wir müssen gemeinsam die Themen und Formen finden, die unsere Zuschauer wirklich bewegen und vor allem Jüngere erreichen.“ ZDFzeit erzielt im laufenden Jahr 2013 seine bisher größten Marktanteilserfolge auf dem umkämpften Sendeplatz am Dienstag um 20.15 Uhr. Bachem sieht den neuen Programmbereich als „Doku- und Reportage-Kompetenzzentrum“ erklärte, schon jetzt sei die synergetische Zusammenarbeit zwischen den Redaktionen sehr eng. Die strukturelle Veränderung ermögliche nun einen noch intensiveren Austausch und die regelmäßige gemeinsame Planung und Realisierung von Projekten. ZDFinfo biete Sendeflächen, auf denen neue Formen, Themen und Sujets getestet werden können, bevor sie ihren Weg ins Hauptprogramm finden.



ver.di: Sicherheit für Beschäftigte in Berliner Verlag

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat die Kündigung des Haustarifvertrags für die rund 280 Beschäftigten der im Berliner Verlag erscheinenden Berliner Zeitung und Berliner Kurier zum Ende dieses Jahres kritisiert: Bisher habe das Unternehmen DuMont Schauberg keine Gründe für die Beendigung des Tarifvertrages genannt. „Nach einem einschneidenden Personalabbau in Verlag und Redaktion ist zu befürchten, dass die bisher geltenden Einkommens- und Arbeitsbedingungen verschlechtert werden sollen. Das ist angesichts des bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Arbeitsdrucks alles andere als akzeptabel“, erklärte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke Ende September. Er kündigte ein zeitnahes, erstes Gespräch über die Zukunft des Haustarifvertrages zwischen den Gewerkschaften ver.di und DJV mit der Geschäftsführung des Berliner Teils des in Köln beheimateten Zeitungskonzerns M. DuMont Schauberg an. Ziel des Gesprächs sei es, geltende Standards zu erhalten und damit einen Beitrag zur Qualitätssicherung der Zeitungen aus dem Berliner Verlag zu leisten. „Die Leserinnen und Leser der Berliner Zeitung erwarten zu Recht besten Journalismus für die Hauptstadtregion. Durch Entlassungen, Personaleinschnitte und nun offenbar auch die Infragestellung aller grundlegenden Tarifregeln wird guter Journalismus immer mehr erschwert“, kritisierte Frank Werneke. Von einem so traditionsreichen Verlagshaus wäre eine auf publizistische Stärke gestützte und zukunftsgerichtete Print- und Onlinestrategie zu erwarten gewesen: „Doch nun scheint die Kahlschlagpolitik aus Köln sich auch als die in Berlin erkennbar werdende Unternehmenslinie des Zeitungskonzerns M. DuMont Schauberg durchzusetzen.“

Protest gegen Kahlschlag bei DuMont Schauberg

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat Ende September entschieden gegen die Ankündigung des Verlages M. DuMont Schauberg (MDS) protestiert, am Stammsitz in Köln 84 Stellen ersatzlos zu streichen sowie Teilschließungen im Druckzentrum durchführen und einen Teil der Zeitungsaufgabe künftig bei Fremdfirmen drucken lassen zu wollen. Außerdem sollen Anzeigenverkauf, Zeitungverkauf sowie Verlagswerbung in eine tariflose Gesellschaft ausgelagert werden. „Wenn die Geschäftsführung ihre Pläne wahr macht, sind von diesem katastrophalen Kahlschlag fast 250 Beschäftigte betroffen. Die Zerschlagung des Verlages M. DuMont Schauberg mittels

Kündigungen und Tariffucht ist der falsche Weg, der keineswegs zur Gesundung, sondern vielmehr zu großer Frustration und erheblicher Unsicherheit bei den Kolleginnen und Kollegen führt“, kritisierte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

Über Jahrzehnte hätten die Beschäftigten durch ihre gute und engagierte Arbeit dem Unternehmen große Erfolge und Gewinne verschafft, nun würden sie in Arbeitslosigkeit entlassen oder in eine tariflose Gesellschaft ausgelagert. „Wenn jegliche Ideen der Manager ausschließlich auf Kostensenkung und Rationalisierung zielen, ist das aus Sicht der Beschäftigten der falsche Weg. „Wenn ein Medienkonzern wie M. DuMont Schauberg sich verändern will und muss, dann geht das nur mit und nicht gegen die Beschäftigten. Klar ist, dass ver.di sich für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzen wird“, unterstrich der ver.di-Vize.



Personalien

NDR Rundfunkrat: Ute Schildt neue Vorsitzende

Ute Schildt aus Mecklenburg-Vorpommern ist neue Vorsitzende des NDR Rundfunkrats. Das Gremium wählte sie Ende September in Hamburg zur Nachfolgerin von Uwe Grund (Hamburg). Der Vorsitz wechselt gemäß NDR-Staatsvertrag alle 15 Monate in der Reihenfolge Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die Diplom-Chemikerin aus Vorpommern gehört dem NDR Rundfunkrat seit November 2008 an; entsandt ist sie vom SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Rundfunkrats gewählt wurden Dagmar Pohl-Laukamp aus Schleswig-Holstein (Landesnaturschutzverband), Ursula Thümler aus Niedersachsen (Landesfrauenrat) und Uwe Grund (SPD Hamburg). Ute Schildt erklärte anlässlich ihrer Wahl: „Viele Menschen haben von der Arbeit des Rundfunkrats nur vage Vorstellungen. Dem möchte ich begegnen und zu einer noch besseren Kommunikation der Gremienarbeit in der Öffentlichkeit beitragen.“ Sie dankte ihrem Vorgänger Uwe Grund für seine Bereitschaft, den Vorsitz der Gremienvorsitzenden-Konferenz (GVK) der ARD fortzuführen. Er wird diese Aufgabe im Interesse der Kontinuität für die gesamte Dauer der ARD-Geschäftsführung des NDR wahrnehmen.

Gabriele Schade neue Vorsitzende des MDR-Rundfunkrates

Gabriele Schade ist für die nächsten zwei Jahre neue Vorsitzende des MDR-Rundfunkrates. Die 61-jährige Professorin für Medieninformatik und Software-Engineering an der Fachhochschule Erfurt, die im Rundfunkrat den Bund für Umwelt und Naturschutz Thüringen vertritt und seit 1994 dem MDR-Rundfunkrat angehört, wird ihr neues Amt in der nächsten Sitzung des Aufsichtsgremiums am 9. Dezember 2013 antreten. Der Vorsitz im Rundfunkrat wechselt turnusgemäß alle zwei Jahre. Zu Stellvertretern der Vorsitzenden wurden der bisherige Vorsitzende Horst Saage (Landesbauernverband Sachsen-Anhalt) und der Vertreter des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz, Dr. Gerhart Pasch berufen.

Wolf-Dieter Wolf neuer Vorsitzender des rbb-Verwaltungsrates

Wolf-Dieter Wolf ist neuer Verwaltungsratsvorsitzender des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb). Das Gremium wählte ihn Mitte Oktober zum Nachfolger von Dr. Hartmann Kleiner. rbb-Rundfunkratsvorsitzende Friederike von Kirchbach: „Sein Fachwissen und seine Erfahrung prädestinieren Wolf-Dieter Wolf dafür, diese verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen.“ rbb-Intendantin Dagmar Reim: „Seit der Gründung des rbb begleitet Wolf-Dieter Wolf die Geschicke des Senders ebenso konstruktiv wie kritisch. In seiner neuen Position wird er mit dafür Sorge tragen, dass der rbb erfolgreich bleibt.“ Wolf (69) gehört dem rbb-Verwaltungsrat an, seit dieser sich im Januar 2003 zum ersten Mal konstituierte. Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre in Hamburg und Stationen in der Immobilienwirtschaft gründete Wolf 1985 die Grundkonzept Immobilienverwaltung und Beratungsgesellschaft, deren Geschäftsführender Gesellschafter er ist.

Veranstaltungen

Pseudo-Dokumentationen und seichte Serien: Fernsehen im Erzählnotstand?

Veranstaltung der Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz, des MainzerMedienDisput und der Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm

4. November 2013
19.00 Uhr

www.agdok.de

Landesvertretung Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
10117 Berlin

Expertinnen und Experten aus Film und Fernsehen sowie der Medienwissenschaft diskutieren über Fragen wie : Fehlt den Sendern der Mut zur Wirklichkeit? Soll es eine Kennzeichnungspflicht für Scripted Reality geben? Was sagt es über das deutsche Fernsehen aus, wenn ein Format wie „Auf der Flucht“ den Fernsehpreis bekommt, dabei aber die eigentliche Flüchtlingsproblematik kaum dokumentiert wird?

Medienpolitische Tagung der Otto-Brenner-Stiftung Preisverleihung

12. November 2013
14.00 bis 19.30 Uhr

Pullman Berlin Schweizerhof
Budapester Str. 25
10787 Berlin

Mit der Verleihung ihres Preises für kritischen Journalismus verbindet die Otto-Brenner-Stiftung (obs) eine medienpolitische Tagung. Im Mittelpunkt stehen die Kontrollgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Der Autor der obs-Studie „Im öffentlichen Auftrag“, der Medienjournalist Fritz Wolf, wird den Aufschlag machen, eine Podiumsdiskussion schließt sich an. Diskutierende sind: Kurt Beck, Vorsitzender des ZDF-Verwaltungsrates, Ruth Hieronymi, Vorsitzende des WDR-Rundfunkrates, Nikolaus Brender, ehemaliger ZDF-Chefredakteur, Prof. Hubertus Gersdorf, Uni Rostock, Tabea Rößner, medienpolitische Sprecherin von Bündnis 90/ Die Grünen und DGB-Vorsitzender Michael Sommer, der auch ZDF-Fernsehrat ist.

www.otto-brenner-stiftung.de

Genug gejamert – Zukunft jetzt! dju-Journalistentag 2013

30. November 2013
10.00 bis 17.00 Uhr

ver.di -Haus
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

www.dju.verdi.de

Einen Tag lang diskutieren Journalistinnen und Journalisten miteinander sowie mit Expertinnen und Experten über die Zukunft des Journalismus angesichts des fortschreitenden Medienwandels. Neben einem ausführlichen Blick auf die tatsächliche Situation in den Verlagshäusern und Rundfunkstationen stehen dabei neue Ideen im Mittelpunkt der Veranstaltung. So bearbeitet ein Themenblock ausführlich das Thema crowdfunding. Bei einer Podiumsdiskussion stellen Medienschaffende vor, wie sie neue Wege erschlossen haben, was sie anders machen und wie das beim Publikum ankommt. Dabei sind unter anderem der Geschäftsführer des ZEIT-Verlages, Dr. Rainer Esser, der Programmdirektor von Deutschlandradio, Peter Andreas Weber, der stellvertretende Chefredakteur der taz, Rainer Metzger sowie der Chefredakteur des Nordbayrischen Kurier, Joachim Braun. Der Podcaster Tim Prittlove stellt sein Geschäftsmodell der Selbstvermarktung vor und auch der Nachwuchs kommt nicht zu kurz: Ana Radic, Volontärin beim NDR, berichtet von ihren Erwartungen an ihre zukünftige Arbeit und der freie Journalist Ralf Krauter schildert, was aus seinen Erwartungen nach zehn Jahren Berufstätigkeit geworden ist.

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Referat
Medienpolitik, Henriette-Herz-
Platz 2, 10178 Berlin

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 02129-959644
SabineNehls@aol.com

Der medien-newsletter kann
abonniert werden über:
www.dgb.de/service/newsletter